

Pressemitteilung

Kommunalpolitik macht Schule – Rathaus zum Anfassen. Verwaltung will einen Vorschlag für ein geeignetes Format erarbeiten

Die SPD-Fraktion im Mühlacker Gemeinderat forderte die Stadtverwaltung in einem Antrag auf, geeignete Formate zu entwickeln, bei denen die Schülerinnen und Schüler der weiterführenden Schulen die Kommunalpolitik besser kennenlernen.

Laut Verwaltung wurden die weiterführenden Schulen um Stellungnahme gebeten. Mit interessierten Schulen soll im Anschluss ein Vorschlag für ein geeignetes Format erarbeitet werden. Das Ergebnis soll dem Gemeinderat im ersten Quartal 2024 als Grundlage für eine Beschlussfassung vorgestellt werden.

„In der Schule kommt kommunale Politik oft zu kurz. Viele Schülerinnen und Schüler wissen und lernen in der Schule viel über Landes- und Bundespolitik, jedoch in zu geringem Maße über die Politik, die sie direkt und am Meisten betreffen und wo sie auch selbst am besten Einfluss nehmen können – zwar in der Kommunalpolitik. Es ist von entscheidender Bedeutung, dass Schülerinnen und Schüler über die Kommunalpolitik informiert sind, da dies einen direkten Einfluss auf ihr tägliches Leben hat und ihre aktive Teilnahme an der Gesellschaft fördert. Ein Verständnis für die kommunalen Entscheidungsprozesse und politischen Strukturen ermöglicht es jungen Menschen, die Mechanismen zu verstehen, die ihre Schulen, Freizeiteinrichtungen, öffentlichen Verkehrsmittel und lokale Dienstleistungen beeinflussen. Durch die Kenntnis der Kommunalpolitik werden Schülerinnen und Schüler ermächtigt, informierte Entscheidungen zu treffen und sich aktiv an Diskussionen und Debatten zu beteiligen, die ihre unmittelbare Umgebung betreffen. Es stärkt ihr Bewusstsein für die Bedeutung von Engagement und Demokratie und ermutigt sie, sich für Veränderungen einzusetzen und für ihre Interessen einzustehen“, so der Fraktionsvorsitzende Paul Renner.

„Die Einbindung von Schülerinnen und Schülern in die kommunalpolitischen Angelegenheiten ermöglicht es, ihre Bedenken, Ideen und Vorschläge in die Gestaltung von politischen Entscheidungen einzubringen. Dadurch wird nicht nur ihre Stimme gehört, sondern es entsteht auch ein Gefühl der Zugehörigkeit und Mitverantwortung für das Gemeinwohl. Insgesamt ist das Wissen über die Kommunalpolitik ein unverzichtbares Werkzeug, das Schülerinnen und Schülern ermöglicht, informierte Bürgerinnen und Bürger zu werden, die aktiv an der Gestaltung ihrer lokalen Gemeinschaft teilnehmen und eine nachhaltige Veränderung bewirken können.

Es legt den Grundstein für ein engagiertes und demokratisches Verständnis, das für das Funktionieren einer vielfältigen und inklusiven Gesellschaft unerlässlich ist“, ergänzt der Fraktionsvize Jürgen Metzger.

„Aus Sicht der SPD-Fraktion könnte solch ein Format eine flankierende Maßnahme zu den Angeboten der Stadtjugendreferentin, des AK Jugend oder des Formats „Mühlacker Dialog“ sein und so Jugendliche aktivieren, sich stärker in ihrer Kommunen einzubringen. Wir freuen uns, dass die LMU Fraktion einen ergänzenden Vorschlag mit „Schule als Staat“ formuliert hat, welchen die Stadtverwaltung ebenso prüfen möchte. Gerade jetzt ist es wichtig, dass junge Menschen über die Kommunalpolitik informiert sind“, bekräftigt Uli Seibold.